



---

From the Selected Works of Reza Hasmath

---

2023

# Diskurs, Deliberation und Differenz in einem Autoritären Öffentlichen Raum

Reza Hasmath, *University of Alberta*



Available at: <https://works.bepress.com/rhasmath/114/>

# **Diskurs, Deliberation und Differenz in einem Autoritären Öffentlichen Raum**

Reza Hasmath

## **English Citation:**

Hasmath, R. (2023) "Discourse, Deliberation and Difference in an Authoritarian Public Sphere", *Journal of Deliberative Democracy* 19(1): 1-10.

# Diskurs, Deliberation und Differenz in einem Autoritären Öffentlichen Raum

Reza Hasmath  
University of Alberta

**Zusammenfassung:** In diesem Artikel wird untersucht, wie Diskurs, Deliberation und Differenz in einem autoritären Umfeld funktionieren, wobei der Schwerpunkt auf den Erfahrungen im heutigen China liegt. Der Artikel legt dar, warum Diskurs und Deliberation autoritärer Art eingeschränkter sind als ihre westlich-demokratischen Gegenstücke. Ferner wird vorgebracht, dass die Einbeziehung von Unterschieden in den autoritären Diskurs und in die Deliberation aufgrund der inhärenten Spannungen zwischen dem “Anderen” und der herrschenden Elite in autoritären Gemeinwesen schwierig ist. Dennoch entkräften diese Einschränkungen nicht die Vorstellung, dass öffentlicher Diskurs mit Deliberation in autoritären Regimen theoretisch möglich sind und eine praktische Funktion haben.

**Stichworte:** Diskurs; Deliberativer Prozess; Politik der Differenz; Öffentlichkeit; Zeitgenössisches China; Autoritäre Regime

## 1. Einleitung

Um eine Welt jenseits ethnisch-kultureller und/oder religiöser Schranken zu schaffen, bedarf es eines Umfelds, das einen sinnvollen Diskurs und eine Beratung im öffentlichen Raum zwischen verschiedenen Gruppen fördert. Die zugrunde liegende Idee ist, dass der öffentliche Diskurs – hier verstanden als der Akt, bei dem zwei oder mehr Personen ein bestimmtes Thema diskutieren – und die Deliberation – definiert als eine sorgfältige und “sinnvolle” Betrachtung dieser Diskussion – eine Verbindung zwischen unterschiedlichen Gruppen durch “öffentliches Diskutieren und Argumentieren unter gleichberechtigten Bürgern” (Cohen 1997: 2) herstellen. Das ultimative Ziel ist es, eine Diskursethik und einen deliberativen Prozess zu schaffen, in dem der “zwanglose Zwang des besseren Arguments” überwiegt (Habermas 1990: 159).

Dieses Konzept hat sich im Zusammenhang mit dem öffentlichen Bereich in den westlichen demokratischen Gesellschaften durchgesetzt (siehe z. B. Gutmann und Thompson 2004). Die Absicht ist, die Ansichten aller Mitglieder einer pluralisierten Öffentlichkeit anzuerkennen und anzuhören, mit dem vorrangigen Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, in der gemeinsame Werte jenseits ethnisch-kultureller und/oder religiöser Grenzen etabliert werden können.

In der allgemeinen Literatur wird davon ausgegangen, dass der hierarchische und potenziell restriktive Charakter des Autoritarismus zu einer Inkongruenz mit diesen konzeptionellen Vorgaben führt (siehe z. B. Hinck et al. 2018). Wie Gastil (2000) vorschlägt, müssen “aktive Bürger” anwesend sein, damit Diskurs und Deliberation im öffentlichen Raum gedeihen können. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich sinnvoll an der Staatsführung beteiligen, um über vertretbare Positionen zu beraten, was auch die Berücksichtigung alternativer Standpunkte beinhalten kann, die die Perspektiven der “Anderen” einschließen könnten. Diese Realität steht im Gegensatz zum klassischen Bild der autoritären Öffentlichkeit, die als eine Sphäre charakterisiert wird, die den strikten Gehorsam der Bürger erfordert und in der die Meinungsvielfalt – die ethnisch-kulturelle und religiöse Gruppen einschließt – und damit ein vernünftiger und kritischer öffentlicher Diskurs nicht gefördert werden (siehe z. B. Arendt 1973).

Darüber hinaus ist für einen öffentlichen Diskurs mit Deliberation der Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen erforderlich, damit fundierte Entscheidungen getroffen und Argumente auf Basis von Wissen vorgebracht werden können (siehe z. B. Bowler und Donovan 2003; Gutmann und Thompson 2004). Die vorherrschende Meinung ist, dass autoritäre Staaten den Zugang zu Informationen einschränken und kontrollieren wollen, um das Handeln und die Entscheidungsfindung der Regierung zu legitimieren (siehe z. B. Byman und Lind 2010).

Zwar sollte man sich darüber im Klaren sein, dass der öffentliche Diskurs und die Deliberation in einem autoritären Umfeld eingeschränkter sind als in einem westlich-demokratischen Umfeld, doch wird in diesem Artikel die Auffassung vertreten, dass der öffentliche Diskurs samt Deliberation in autoritären Staaten theoretisch möglich und praktisch funktionsfähig ist. Unabhängig von der Art des politischen Regimes ist die Deliberation ein kommunikativer Rahmen, in dem ein Raum geschaffen oder zumindest auf einem Mindestniveau zugelassen wird, in dem potenziell uneinige Positionen zwischen unterschiedlichen Parteien diskutiert werden können. Die Öffentlichkeit ist im Allgemeinen für den deliberativen Input in die Politik/Gesetzgebung verantwortlich, ohne die endgültige Entscheidungsgewalt zu haben, und auf der grundlegendsten Ebene hat das politische System, das sich der verschiedenen Grade der Gedanken und Positionen der Ersteren bewusst ist, die endgültige Entscheidungsgewalt. Darüber hinaus können Unterschiede in diesem System berücksichtigt werden, wenn auch in einem restriktiven Sinne. Dieser Artikel legt nahe, dass autoritäre Regime eine Vielzahl von Taktiken angewandt haben, um Unterschiede und die Beziehungen zwischen Gruppen zu berücksichtigen und zu steuern. Diese Taktiken schwankten zwischen dem Versuch, den Unterschieden Rechnung zu tragen, und dem Versuch, Unterschiede zu kontrollieren und/oder zu zerstören.

Um diese Argumente vorzubringen, ist der Artikel wie folgt gegliedert: Zunächst werde ich einen theoretischen Rahmen für das Verständnis und die Analyse von Diskursen und deliberativen Prozessen im öffentlichen Raum vorstellen. Zweitens werde ich mich auf die Politik der Differenz und eine Untersuchung der Differenz innerhalb der Grenzen einer sozialen Perspektive konzentrieren. Abschließend werde ich untersuchen, wie Diskurs, Deliberation und Differenz theoretisch und empirisch in autoritären Kontexten funktionieren, wobei ich einen großen Schwerpunkt auf die Erfahrungen im heutigen China legen werde.

## **2. Diskurs und Deliberationsprozesse im öffentlichen Raum**

### *2.1. Theoretische Formulierung*

Diskurs und deliberative Prozesse gehen von der theoretischen Annahme aus, dass Probleme, die sich aus der Differenz zwischen Gruppen ergeben, auf rationale Weise gelöst werden können.<sup>1</sup> Diese Annahme impliziert, dass die Geltungsansprüche verschiedener Gruppen, die konkurrierende normative Wahrheiten vorbringen, in einem sozial-evolutionären Kontext formuliert werden (Habermas 1990: 65).<sup>2</sup> Als solche sollten konkurrierende Behauptungen innerhalb der sozialen Konstruktion, die durch die vergangenen Erfahrungen einer Gruppe geprägt ist, verstanden, interpretiert und analysiert werden. Dies legt nahe, dass Diskurs und Deliberation in einem öffentlichen Raum in eine normative Position gestellt werden sollten, ohne dass eine einzelne, übergeordnete moralische Autorität eine bestimmte Vorstellung von Wahrheit vertritt.

Im klassischen Werk von Jürgen Habermas wird diesbezüglich behauptet, dass verschiedene Lösungen für Probleme in der Öffentlichkeit miteinander in Konflikt stehen. Es scheint, dass es bei Konflikten und Meinungsverschiedenheiten einen Ausgleichsmechanismus geben muss, der über die Besonderheiten der Kontexte hinausgeht. Diesem Verständnis liegt die Vorstellung zugrunde, dass es konkurrierende Konzepte des “guten Lebens” gibt, die von jedem Einzelnen und/oder jeder Gruppe nach den eigenen Vorstellungen definiert werden. Aus diesem Grund wird von Habermas die Rolle einer begründbaren Norm betont, die die “Freiräume” schafft, die für einen Pluralismus vieler verschiedener “guter Leben” notwendig sind (Habermas 1990: 65). Damit sind die Voraussetzungen für einen praktischen Diskurs geschaffen, aus dem allgemeingültige Normen hervorgehen können, die die Partizipation und Akzeptanz aller von ihnen Betroffenen in einer pluralisierten Öffentlichkeit einschließen.

Einer solchen Diskursethik liegt das Prinzip der Universalisierung (*U*) zugrunde. Das Prinzip *U* will die Voraussetzungen für ein unparteiisches Urteil schaffen, indem es “alle Betroffenen dazu zwingt, bei der Interessensabwägung die Perspektiven aller anderen zu übernehmen” (Habermas 1990: 65-66). Im Kern erklärt das Prinzip *U* eine Strategie zur Lösung von Konflikten in unserem Alltag durch ein Prinzip der Unparteilichkeit (*i*). Dabei muss das Prinzip *i* einen formalen Rahmen für verschiedene Akte der Solidarität ermöglichen (Habermas 1989: 40).<sup>3</sup> Konkret geht es bei solidarischen Handlungen um die Sorge um das Wohlergehen der Mitmenschen und der Gemeinschaft insgesamt (Habermas 1995: 117-118).

Ein funktionierendes Verständnis der Öffentlichkeit bezieht sich auf die Existenz einer Vielzahl konkurrierender und oft antagonistischer Vorstellungen vom “guten Leben”, die von Einzelpersonen und Gruppen in einer Gesellschaft vertreten werden (D’Entreves 1999: 3). Im Wesentlichen ist die Öffentlichkeit für die Gestaltung der Beiträge zum Prozess der Politik/Gesetzgebung verantwortlich (Spence 1999: 12). Sie ist eine Einflussosphäre ohne endgültige Entscheidungsbefugnis. Darüber hinaus ist das Gleichgewicht zwischen dem politischen System und der Öffentlichkeit ein heikles Thema. Einerseits muss das politische System auf die Agenda und die Meinungen der Öffentlichkeit Rücksicht nehmen, ohne sich von der populistischen öffentlichen Meinung völlig einschränken zu lassen. Andererseits muss die Öffentlichkeit, auch wenn sie informell ist, so gestaltet werden, dass sie eine wirksame Deliberation fördert. Gleichzeitig sollte sie die Kommunikationskanäle mit dem politischen System aufrechterhalten. Es versteht sich von selbst, dass die Öffentlichkeit als deliberativer Mechanismus ein diffuses und partizipatives Machtverhältnis bietet (Spence 1999: 13).

## 2.2. Wirksamkeit und Beschränkungen

Die Bedingungen der Öffentlichkeit, von denen hier die Rede ist, können angesichts des Vorrangs der Idee des begründeten Konsenses suspekt sein. Bei bestimmten Themen (z.B. Abtreibung, Todesstrafe), bei denen die Glaubensstrukturen der verschiedenen Teilnehmer in krassem Widerspruch zueinander stehen können, wird ein vernünftiger Konsens nicht vollständig erreicht werden. Der Wunsch, einen Konsens durch einen Dialog zu erreichen, bei dem das überzeugendste Argument den Ausschlag gibt, ist in diesen Fällen nicht anwendbar. Andernfalls würde man die der Gesellschaft innewohnende Pluralität der Stimmen vernachlässigen.

Charles Taylor erörtert dies in einem liberaleren Modell der Öffentlichkeit. Er argumentiert, dass die Bürger bereit sein müssen, sich an einem ständigen Dialog über ihre Vorstellung vom “Guten” mit anderen zu beteiligen, die nicht zu ihrem eigenen “gemeinsamen Raum” gehören. Die Rolle der Öffentlichkeit besteht darin, die vielfältigen “gemeinsamen Räume”, die in einer

einzigartigen, aber nicht notwendigerweise einheitlichen Form entstehen, miteinander zu verbinden und zu integrieren.<sup>4</sup> Der öffentliche Raum “verbindet eine Pluralität von Räumen” zu einem, wie Taylor es nennt, “metatopischen gemeinsamen Raum”, in dem die Mitglieder einer Gesellschaft durch die Teilnahme an lokalisierten Dialogen zusammengebracht werden (Taylor 1995: 190). Dennoch wird der Skeptiker einwenden, dass dies immer noch keine allgemeingültige Lösung für die Erzielung eines begründeten Konsenses in bestimmten Fragen darstellt.

Es scheint, dass die Bedingungen eines öffentlichen Raums für bestimmte Themen unweigerlich ineffektiv wären, wenn wir einen begründeten Konsens als Feuerprobe für deliberative Ergebnisse verwenden. Man kann weiter behaupten, dass dieser Schritt in Richtung Konsens eine dominante Metaerzählung etablieren würde, eine Geschichte, die vorgibt, die gesamte Realität zu umfassen, in Wirklichkeit aber nur einen bestimmten Standpunkt vertritt. Lokale Geschichten, ähnlich denen, die von Randgruppen einer Gesellschaft erzählt werden, wären letztlich gezwungen, in einem endgültigen Konsens zu schweigen, wodurch die Meinungen einer Minderheitengruppe effektiv ausgeschlossen würden. Unter diesem Gesichtspunkt versagt die theoretisierte Öffentlichkeit bei einer ihrer wichtigsten Aufgaben, nämlich allen Individuen ein gleichberechtigtes Mitspracherecht im diskursiven Prozess einzuräumen. Vor diesem Hintergrund wende ich mich der Politik der Differenz und ihren möglichen Auswirkungen auf die Theorie und Praxis des öffentlichen Diskurses und der Deliberation zu.

### **3. Die Politik des Unterschieds**

#### *3.1. Theoretische Formulierung*

Die Idee der Differenz in der zeitgenössischen westlichen politischen Philosophie entstand aus der Reaktion sozialer Bewegungen auf gruppenbasierte Unterdrückung in den 1960er Jahren, insbesondere von Gruppen, die auf ethnisch-kultureller und/oder religiöser Zugehörigkeit basieren. In den 2020er Jahren hat sie mit den Bewegungen “Me Too” und “Black Lives Matter” an Bedeutung gewonnen und wird oft in der Literatur über “Privilegien” verwendet, die sich mit dem Verhältnis der dominanten Gruppe in der Gesellschaft zu den nicht dominanten Gruppen befasst (siehe z. B. Hasmath 2021; Hasmath in Vorbereitung). Im Allgemeinen weisen solche sozialen Bewegungen darauf hin, dass es ein Fehler ist, ein Individuum universell über humanistische Eigenschaften definieren zu wollen. Aussagen, die versuchten, das menschliche Wesen in allen Individuen zu definieren, ignorierten die Idee, dass Ressourcen und Macht nicht gleich verteilt oder für alle zugänglich sind (Hasmath 2012). Bestimmte Gruppen hatten ein höheres Maß an Macht, Kontrolle und Zugang als andere Gruppen (Hasmath 2011). Darüber hinaus kann die dominante Gruppe der Gesellschaft eine Mainstream-Norm etablieren und aufrechterhalten, die nicht-dominante Gruppen nicht vollständig anerkennen konnte. Als Reaktion darauf wurden aktive Bewegungen auf der Grundlage von Gruppenunterschieden konstruiert und schufen für sich selbst “positive Identitäten” (Young 1997: 389). Dabei versuchten sie, die gruppenbezogenen Ungleichheiten, mit denen sie innerhalb einer von der dominanten Gruppe konstruierten Gesellschaft konfrontiert waren, in Frage zu stellen.

Die bekannte politische Theoretikerin Iris Marion Young (1997) weist darauf hin, dass solche “positiven Identitäten” eine Gefahr in sich bergen. Eine Gruppe, die auf der Grundlage einer “positiven Identität” aufgebaut ist, schafft eine Eigengruppe/Fremdgruppe-Mentalität, bei

der sich die Mitglieder der Eigengruppe durch bestimmte wesentliche Merkmale definieren, die die Gruppenzugehörigkeit bekräftigen. Problematisch an diesem Ansatz ist die Tatsache, dass nicht jedes Individuum innerhalb der Gruppe zwangsläufig über solche wesentlichen Merkmale verfügt. Außerdem neigt eine essenzialistische Gruppenidentität dazu, gruppeninterne Unterschiede innerhalb und zwischen sozialen Gruppen zu ignorieren. So kann sich beispielsweise eine Frauenrechtsgruppe um geschlechtsspezifische Fragen scharen, aber diese Gruppe kann sich intern entlang intersektionaler Merkmale unterscheiden, z. B. ethnische, klassenmäßige und/oder religiöse Zugehörigkeit. Kurz gesagt, wenn man eine "positive Identität" für eine bestimmte Gruppe schafft, läuft man Gefahr, die anderen vielfältigen Gruppen, denen jedes Individuum angehört, nicht zu berücksichtigen oder anzuerkennen. An diesem Punkt setzt Young das Dilemma der Differenz an. Der Prozess der Bekräftigung von Unterschieden kann zur Schaffung essenzialistischer Gruppenidentitäten führen, während die Leugnung von Unterschieden die Realität von Gruppenungleichheiten ignoriert.

Um das Dilemma der Differenz zu umgehen, müssen wir die Politik der Differenz von der Politik der Identität trennen. Differenz sollte nicht im Sinne wesentlicher Gruppenidentitäten gedacht werden, sondern im Sinne des Verhältnisses der Gruppe zur dominanten Gruppe. Die Gruppe wird nicht an ihrer internen Identität erkannt, sondern an ihrer Differenz, die sich aus ihrer Interaktion mit der dominanten Gruppe der Gesellschaft ergibt (Young 1997: 389). Der Schwerpunkt liegt also auf den strukturellen Beziehungen zwischen den dominanten Gruppen und den marginalisierten Gruppen, die zu Ungleichheit führen. In Youngs Typologie können wir durch die Betrachtung der strukturellen Beziehungen zwischen dominanten und marginalisierten Gruppen klarer erkennen, wie Ressourcen und Macht zwischen den besagten Gruppen verteilt sind. In den meisten Fällen führt die unterschiedliche Verteilung von Ressourcen und Macht zu politischen und sozialen Konflikten zwischen den Gruppen.

Durch die Formulierung eines strukturellen Ansatzes für Gruppenunterschiede wird der Gedanke, dass eine soziale Perspektive eine herausragende Rolle im Konzept der Differenz spielt, etabliert. Dies ist ein ähnlicher Gedanke wie der, der in einem früheren Abschnitt vertreten wurde: dass normative Wahrheiten für eine bestimmte Gruppe tatsächlich in einen sozial-evolutionären Kontext eingebettet sind – in die soziale Erfahrung einer Gruppe. Young (1997: 394) fasst diese Intentionalität am besten zusammen, indem sie erklärt, dass eine soziale Perspektive bedeutet, dass "jede differenzierte Gruppenposition eine besondere Erfahrung mit einem Standpunkt zu sozialen Prozessen hat, eben weil jede ein Teil der strukturierten Prozesse ist und dazu beigetragen hat, diese zu produzieren". Die soziale Perspektive bringt eine besondere Art von "situiertem Wissen" hervor. Es besteht aus einer "Reihe von Fragen, Arten von Erfahrungen und Annahmen, mit denen das Denken beginnt, und nicht aus den Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden" (Young 1997: 399). So können Individuen verschiedene soziale Perspektiven haben, aber aufgrund des unterschiedlichen Denkprozesses und der Tatsache, dass Individuen mehrere Gruppenpositionen innerhalb der sozialen Struktur einnehmen, gegensätzliche Interessen artikulieren.

Vielfältige soziale Perspektiven können für den Einzelnen ein Sprungbrett sein, um mehrere Standpunkte zu ein und demselben sozialen Prozess einzunehmen. Somit können Unterschiede eine wertvolle Ressource für öffentliche Beratungen sein, da sie vielfältige Perspektiven und Informationen für den Beratungsprozess liefern können.

### *3.2. Die Differenz als Ressource für die Deliberation*

Unterschiede können eine wichtige Ressource innerhalb des deliberativen Modells eines jeden politischen Systems sein. Dieser Gedankengang wird in der Formulierung eines politischen Willens, der sich am “Gemeinwohl” orientiert (Habermas 1996), abgelehnt. Eine solche republikanische Theorie – die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Grundprinzipien der Theorien des Sozialismus und Kommunismus aufweist – geht von der Prämisse aus, dass “Politik eine Verpflichtung zu gleichem Respekt für andere Bürger in einer zivilen öffentlichen Diskussion ist, die private Zugehörigkeit und Interessen zurückstellt, um das Gemeinwohl zu suchen” (Young 1997: 398). Wenn man sich diesem Argument anschließt, wird die Politik der Differenz unnötigerweise charakterisiert, indem eine Dichotomie zwischen der Differenz und den Bindungen der Bürgerschaft festgesetzt wird. Offen gesagt wird damit fälschlicherweise die Tatsache ignoriert, dass es in der Realität Gruppendifferenzen gibt und dass Macht und Ressourcen unterschiedlich, an die einen, nicht aber an die anderen, verteilt sind, was bestimmte Gruppen daran hindert, gleichberechtigt an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu beheben, besteht darin, alle Perspektiven sozialer Gruppen und “situiertes Wissen” in den deliberativen Prozess einzubeziehen und zu berücksichtigen.

Der Ausdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppenperspektive kann den Zugang zu Informationsquellen ermöglichen, die sonst im deliberativen Modus nicht zur Verfügung stehen. Die Qualität der Diskussion im politischen Prozess wird dadurch verbessert. Deliberative politische Prozesse müssen kritische Diskussionen und Debatten zum Zweck der kollektiven Problemlösung beinhalten. Die Teilnehmer müssen für ihre Interessen werben und diese begründen, außerdem werden die Teilnehmer ermutigt, die Interessen und die Perspektive der anderen Teilnehmer zu verstehen, um eine gerechtere Lösung zu finden. Diese epistemische Funktion erfordert “eine politische Gleichheit, die die Äußerung aller Perspektiven gleichermaßen einschließt und die Fähigkeit mächtiger Interessen, die Diskussion durch Drohungen oder Zwang zu verzerren, neutralisiert” (Young 1997: 400).

Nachdem ich nun die theoretische Funktion von Diskurs und Deliberation in einer pluralisierten Öffentlichkeit sowie die mit ihrer Formulierung verbundenen Probleme und die durch die Betrachtung der Politik der Differenz aufgeworfenen Einwände erörtert habe, wende ich mich nun der Frage zu, wie sich diese Konzepte in einem autoritären Umfeld auswirken.

## **4. Autoritärer Diskurs und Deliberation**

Jede Erörterung des Autoritarismus muss mit der Feststellung beginnen, dass ähnlich wie bei den westlichen demokratischen Regimen eine erhebliche Heterogenität bei den Formen besteht, die er annehmen kann. So gibt es beispielsweise erhebliche Unterschiede in der Funktionsweise des Autoritarismus in Russland, China und Saudi-Arabien. Trotz der unzähligen Nuancen, die innerhalb der autoritären Typologie existieren, verwende ich ihn für diesen Artikel als einheitliche analytische Kategorie im Gegensatz zum westlichen demokratischen System (siehe z. B. Glasius 2018: 518). Hier konzentriere ich mich auf die beiden Systeme in erster Linie als unterschiedliche Mechanismen für die Zuweisung von Entscheidungsgewalt im politischen Bereich.

Theoretisch gewähren die westlichen Demokratien denjenigen, die von der kollektiven Entscheidung betroffen sind, in unterschiedlichem Maße das Recht, Entscheidungen mitzugestalten. Dabei handelt es sich im Allgemeinen um Abwehrrechte in Form von

bürgerlichen und politischen Freiheiten, z. B. Versammlungsfreiheit. In autoritären Regimen liegt die Entscheidungsgewalt im Allgemeinen bei einer Einzelperson oder einer Familie, beim Militär oder in den höchsten Rängen einer mächtigen Organisation wie einem Parteistaat.

Theoretiker deliberativer Demokratien haben im Allgemeinen behauptet, dass öffentliche Deliberation aufgrund der Art und Weise, wie die Entscheidungsgewalt in autoritären Rechtssystemen verteilt ist, nicht mit Autoritarismus vereinbar ist (siehe z.B. He und Warren 2011: 274). Dieser Ansicht liegt eine Logik des gesunden Menschenverstands zugrunde. Wenn man ein dogmatisches Verständnis von öffentlichem Diskurs und Deliberation annimmt – d. h. einen allgemein zugänglichen öffentlichen Raum, der frei von Zwang ist und in dem rationale Entscheidungen getroffen werden –, ist es schwierig, dieses Konzept theoretisch mit einer autoritären Struktur in Einklang zu bringen.

In der Praxis jedoch interagieren der öffentliche Diskurs und die Deliberation in den westlichen Demokratien innerhalb der Macht und Struktur ihrer jeweiligen Gesellschaften. Wie erörtert, ist dies auf einer Metaebene genau der Aufbau und die Beziehung zwischen der Öffentlichkeit und dem politischen System, die sich Theoretiker vorgestellt haben. Der öffentliche Raum ist ein wichtiger Ort für die Gestaltung von Beiträgen zur Politik/Gesetzgebung ohne endgültige Entscheidungsbefugnis. Darüber hinaus behält das politische System, das auf die Meinungen der Öffentlichkeit achtet, die endgültige Entscheidungsbefugnis. Anders ausgedrückt: Deliberation wird als ein kommunikativer Rahmen konzipiert, in dem ein öffentlicher Raum geschaffen wird, in dem Konflikte zwischen unterschiedlichen Parteien möglicherweise gelöst werden können – möglicherweise in einem tayloristischen “metatopischen gemeinsamen Raum”. Die endgültige Entscheidung des politischen Systems – als institutioneller Legitimator des Prinzips *U* – wird durch den deliberativen Prozess beeinflusst. Das bedeutet nicht, dass die Ergebnisse der öffentlichen Deliberation und des öffentlichen Diskurses nicht von der bestehenden Macht und Struktur beeinflusst oder diktiert werden können. Daraus folgt, dass eine andere Möglichkeit, den deliberativen Prozess zu begreifen, darin besteht, die öffentliche Deliberation als eine kommunikative Strategie zu betrachten, die die Handlungen der mächtigen politischen Entscheidungsträger, die in den Institutionen und Strukturen der Gesellschaft fest verankert sind, sozial legitimiert. Ich behaupte, dass diese operationale Beschreibung der Praxis der öffentlichen Deliberation und des öffentlichen Diskurses sehr viel näher kommt. Wenn wir diese operative Beschreibung für bare Münze nehmen, ergibt sich die theoretische Möglichkeit eines deliberativen Autoritarismus.

Damit ein hypothetisches oder bereits bestehendes autoritäres Regime als an dem deliberativen Autoritarismus beteiligt eingestuft werden kann, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens müssen die Behörden idealerweise die Existenz eines öffentlichen Raums fördern, zumindest aber dulden – bis hin zu einer Habermas'schen Konzeption von “freien Räumen”. Auf diese Weise können Fragen erörtert und verschiedene Antworten und Meinungen zum jeweiligen Thema ausgetauscht und berücksichtigt werden. Zweitens reicht es nicht aus, dass die Entscheidungsträger lediglich die Existenz eines deliberativen Raums zulassen oder sich sogar auf einen Diskurs mit denjenigen einlassen, die sich in diesem Raum aufhalten, sie sollten zumindest die Vorschläge aus dem deliberativen Prozess berücksichtigen und in ihre endgültige Entscheidungsfindung einfließen lassen.

Die Befragung der Bürger in autoritären Regimen dient nicht dazu, sie politisch zu stärken oder die Demokratie zu verbessern. Vielmehr geht es im Allgemeinen darum, die institutionellen Behörden (wieder) zu legitimieren und die Regierungsführung zu verbessern. Darüber hinaus haben nicht alle autoritären Regime deliberative Praktiken eingeführt, sondern nur eine

bestimmte Untergruppe – und dies oft in begrenztem Umfang. Es handelt sich dabei um Regime, die die Kontrolle über die Gesellschaft nicht allein durch Repression und Gewalt aufrechterhalten wollen oder können und in denen nichtstaatliche Akteure (z. B. Nichtregierungsorganisationen oder private Unternehmen) an Macht und Bedeutung gewonnen haben. Es gibt eine kleine Untergruppe autoritärer Regime, auf die diese Charakterisierung zutrifft, wobei die Volksrepublik China sich am deutlichsten abhebt.

#### 4.1. *Diskurs und Deliberation in China*

Die historischen Wurzeln der öffentlichen Deliberation in China lassen sich auf das lange kulturelle Erbe des Konfuzianismus zurückführen, der sich grundlegend von der durch die philosophischen Traditionen der Aufklärungszeit geprägten Konzeption der öffentlichen Deliberation in westlichen Rechtsordnungen unterscheidet (Min 2009: 445). Eine der Kernüberzeugungen des Konfuzianismus ist die ethische Richtigkeit hierarchischer sozialer Beziehungen und deren Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der sozialen Harmonie, wie sie in Konfuzius' "Fünf Elementarbeziehungen" dargelegt ist (Hofstede und Bond 1988: 8). Darüber hinaus unterstreicht der konfuzianische Moralkodex die Bedeutung von Konzepten wie Menschenbezogenheit (*min ben*) und die Werte des Gentleman-Seins (*junzi*). Daraus hat sich ein modernes soziokulturelles und politisches System entwickelt, das verantwortungsvolles Regieren, Hierarchie und gemeinsames Denken in den Vordergrund stellt.

In diesem Rahmen sind im heutigen China zahlreiche öffentliche deliberative Prozesse entstanden, die für die Untersuchung der autoritären Deliberation interessant sind. Diese Prozesse zeigen auf einer minimalen Ebene, dass die Existenz einer Öffentlichkeit respektiert wird, und bieten den Entscheidungsträgern einen Mechanismus, um die Vorschläge und Kommentare der Teilnehmer des deliberativen Diskurses zu berücksichtigen.

Erstens die Einführung von Wahlen auf Dorfebene im Jahr 1987, deren ursprünglicher Zweck es war, Korruption und Inkompetenz unter den Dorfvorstehern zu bekämpfen, die Regierungsführung und die Umsetzung der Politik zu verbessern und die soziale Stabilität zu fördern (siehe z. B. O'Brien und Li 2000: 468). Die Beteiligung an den Dorfwahlen ist in der Regel hoch, und Untersuchungen internationaler Beobachter haben ergeben, dass sich die Fairness der Wahlen – einschließlich der geheimen Stimmabgabe, der Nominierungsverfahren und des Wettbewerbs – seit ihrer Einführung verbessert hat (O'Brien und Han 2009). Die Dorfbewohner stimmen nicht für einen von einer politischen Partei ausgewählten Kandidaten. Vielmehr führen sie einen öffentlichen Dialog und Diskussionen untereinander, nominieren die Kandidaten direkt und wählen dann ein Komitee von Kandidaten, die eine dreijährige Amtszeit haben. Auf lokaler Ebene wurden auch Abberufungswahlen eingeführt, um den Dorfbewohnern die Möglichkeit zu geben, lokale Führungspersonlichkeiten abzuwählen, was dazu führen kann, dass die lokalen Führungspersonlichkeiten stärker auf die Menschen eingehen, die sie vertreten.

Obwohl Dorfwahlen relativ demokratisch sind, wurden sie nicht aufgrund eines moralischen Glaubens an die Demokratie um der Demokratie willen eingeführt, vielmehr sind sie Ausdruck der Betonung, die die chinesische politische Kultur auf gute Regierungsführung, die Aufrechterhaltung sozialer Stabilität und den Glauben an eine leistungsorientierte Führung legt (siehe z. B. Tzeng und Wang 2017: 119). Dementsprechend ist es unwahrscheinlich, dass Wahlen auf einer höheren als der lokalen Ebene durchgeführt werden, da viele der Vorteile – wie z. B. die Tatsache, dass kleine Gemeinschaften über ein gründliches, durch den öffentlichen Diskurs gestärktes Wissen über die Tugenden der von ihnen gewählten Führungskräfte und die

politischen Bedürfnisse der Gemeinschaft verfügen – auf den höheren Regierungsebenen verschwinden.

Zweitens hat der chinesische Staat, der die sozialen Kosten der Marktformen seit 1978, die Priorisierung des Wirtschaftswachstums (die im 14. Fünfjahresplan 2021-2025 fortgesetzt wird) sowie die anschließende Schrumpfung des Wohlfahrtsstaates erkannt hat, die Entstehung einer quasi-autonomen Zivilgesellschaft nur widerwillig akzeptiert (Hasmath und Hsu 2014; 2016). Obwohl chinesische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nach wie vor mit strengen Vorschriften konfrontiert sind – insbesondere ausländische und rechtsbasierte NGOs in der aktuellen Xi Jinping-Ära (2013 – heute) – schließt dies nicht aus, dass sie einen deliberativen Prozess fördern oder sich daran beteiligen, geschweige denn ihre eigenen deliberativen Räume schaffen. Dies gilt insbesondere für chinesische NGOs, die sich mit relativ weniger sensiblen Themen wie Umwelt, Soziales, Gesundheit und Bildung befassen. Tatsächlich fallen fast 70-75 Prozent der chinesischen NGOs unter diese Charakterisierung und arbeiten in Bereichen, die im Allgemeinen keine direkte und offensichtliche Infragestellung des Staates erfordern (Hsu et al. 2017).

Anders ausgedrückt: Diese chinesischen NGOs – einschließlich der GONGOs (siehe Hasmath et al. 2019) – haben es geschafft, sich durch die prekäre und oft kapriziöse Natur des chinesischen Regulierungssystems zu navigieren und waren in der Lage, diskursive und deliberative Praktiken anzuwenden, die letztlich das staatliche Handeln beeinflusst haben. So haben beispielsweise Umwelt-NGOs (ENGOS) erfolgreich Bottom-up-Möglichkeiten für direkt an sie gehende Beiträge der Bürger geschaffen, insbesondere wenn es um Themen wie den Umstieg auf kohlenstoffarme Energieträger (siehe z. B. Wang und Low 2022), den Wasserschutz (siehe z. B. Wang und Liu 2022) oder Anti-Staudamm-Kampagnen (siehe z. B. Han 2014) geht. Diese ENGOS haben die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sozusagen in ein kollektives öffentliches Bewusstsein übersetzt, das ihr Engagement und ihre Interaktionen mit dem Staat hinter verschlossenen Türen prägt.

Insbesondere sind sich die NGOs und ihre Netzwerke der versteckten Erfolgsregeln für die Arbeit in einem autoritären institutionellen Umfeld bewusst (siehe z. B. Tam und Hasmath 2015). Sie vermeiden direkte und offene Kritik an der Zentralregierung oder der Kommunistischen Partei in der Öffentlichkeit – eine Strategie, die sich von jener in westlichen demokratischen Staaten unterscheidet. Stattdessen ziehen sie staatliche Stellen und Unternehmen auf nationaler und subnationaler Ebene zur Rechenschaft, indem sie die Haltung der Öffentlichkeit zu einem bestimmten Thema erfassen und sich privat in Diskussionen mit dem Staat einschalten. Es muss klar sein, dass der öffentliche Diskurs und die Beratung zwar in einem autoritären Umfeld in dem Maße stattfinden können und auch stattfinden, dass sie einen Beitrag zur Politik/Gesetzgebung leisten, dass aber die endgültige Entscheidung über die Abwägung der verschiedenen Beiträge und die letztendliche Entscheidungsgewalt beim Staat liegt.

Drittens gibt es im heutigen China eine Zunahme der von Bürgern geleiteten Freiwilligenarbeit<sup>5</sup>. Dies geht aus den Ergebnissen der Erhebungen zur Bürgerbeteiligung in China 2018, 2020 und 2022 hervor (siehe Hsu et al. 2022; Teets et al. 2022). Durch den Prozess der Freiwilligenarbeit lernen die Bürgerinnen und Bürger zunehmend staatliche und nichtstaatliche Kanäle kennen und unterscheiden, die für die Bewältigung bestimmter sozialer Probleme am besten geeignet sind. Mit anderen Worten, sie werden zu “aktiveren Bürgern”. Dies ist, wie Gastil (2000) in einem früheren Abschnitt dargelegt hat, eine Vorbedingung dafür, dass sich Diskurs und Deliberation im öffentlichen Raum entfalten können.

Im chinesischen Kontext gibt es einige wichtige Vorbehalte, die zu berücksichtigen sind, bevor man darüber in Begeisterung gerät, dass eine solche Möglichkeit voll zum Tragen kommen wird. Freiwillige Bürgerinitiativen versuchen in der Regel nicht, die zentrale oder lokale Regierung für schlechte Leistungen direkt zur Verantwortung zu ziehen. Darüber hinaus erwarten die chinesischen Bürger, dass der Staat in den meisten sozialen Fragen die Führung übernimmt, erkennen aber dennoch an, dass die Regierung nicht alle sozialen Probleme lösen kann. Beispielsweise sind Freiwillige bereit, sich an einem öffentlichen Dialog zu beteiligen und untereinander über ausgewählte Themen wie Schulinfrastruktur und “zurückgelassene” Kinder nachzudenken (siehe z. B. Teets et al. 2022). Dies deutet darauf hin, dass bestimmte soziale Probleme das Potenzial haben, die Bürgerbeteiligung, d. h. den öffentlichen Diskurs und die Deliberation in Gang zu setzen, wenn sie von den Zentral- und Lokalstaaten nicht angemessen behandelt werden. Es deutet ferner darauf hin, dass die Bereitstellung eines Raums für den öffentlichen Diskurs und die Deliberation nicht unbedingt eine große Bedrohung für die Legitimität des autoritären Gemeinwesens darstellt. Sie kann sogar von Vorteil sein, wenn es darum geht, ausgewählte soziale Probleme zu lösen und die Regierungsführung insgesamt zu verbessern.

#### *4.2. Einwände*

Ein Kritiker der autoritären Deliberation könnte behaupten, dass die einzige Möglichkeit, Deliberation und Autoritarismus zusammenzubringen, darin besteht, das ursprüngliche Konzept der Deliberation, wie es von den Theoretikern, die in den ersten Abschnitten dieses Artikels erörtert wurden, dargelegt wurde, dramatisch zu verzerren, und zwar in einem Maße, dass es dann keine Bedeutung mehr hat. Während autoritäre Regime dauerhaft sein können, akzeptieren oder fördern autoritäre Führer in der Regel zivilgesellschaftliche Vereinigungen, um das Regime zu stützen, indem sie es diesen Vereinigungen unter anderem ermöglichen, wichtige soziale Bedürfnisse zu befriedigen und dadurch Druck vom Regime zu nehmen (Hasmath et al. 2019; Hsu und Hasmath 2014). Die Beschränkungen, die autoritäre Regime dem sozialen Raum auferlegen und die die Entstehung gegenhegemonialer diskursiver Praktiken einschränken könnten, die den vom Staat vertretenen dominanten Diskurs schwächen oder in Frage stellen könnten, machen die Möglichkeit einer echten autoritären Deliberation zunichte (siehe z. B. Lewis 2013: 333-334; Mackinnon 2007: 3).

In ähnlicher Weise weisen Kritiker darauf hin, dass die selektiven deliberativen Räume für Einzelpersonen oder Gruppen, die existieren dürfen – sei es durch stillschweigende oder offene Sanktionierung durch den Staat (Hsu und Hasmath 2014) – ein falsches Gefühl von Transparenz und Reaktionsfähigkeit erzeugen. Das heißt, das ultimative Ziel des autoritären Staates ist es, die eigenen diskursiven Grundlagen des Staates zu sichern. Darüber hinaus können diskursive Räume die Funktion haben, den Behörden die Überwachung der Bürger und die Unterdrückung abweichender Meinungen zu ermöglichen (Pearce und Kendzior 2012: 287).

Auch wenn diese Einwände durchaus ihre Berechtigung haben, gilt dies in der Praxis für jede Art von politischem Regime. Während beispielsweise in westlichen demokratischen Systemen der öffentliche Raum ein Ort des Diskurses und der Deliberation sein kann, entscheiden letztlich diejenigen über die Ergebnisse dieses Deliberationsprozesses, die die Macht innerhalb der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur der Gesellschaft besitzen. Diese realpolitische Sichtweise wird durch die Tatsache abgemildert, dass in westlichen Demokratien, anders als in autoritären Regimen, der öffentliche Diskurs und die Deliberation nicht ausdrücklich als

Mechanismus eingeführt werden, um das Regime zu entlasten oder seine eigenen institutionellen diskursiven Grundlagen zu sichern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine autoritäre Deliberation gibt. Es verweist vielmehr auf die Tatsache, dass die autoritäre Deliberation durch institutionelle Einflüsse pervertiert wird, die in der Machtkonzentration und einer Struktur wurzeln, die das Bestehende stärkt.

Die Tendenz der Kritiker, empirische Beispiele und theoretische Konzepte autoritärer Deliberation abzulehnen, beruht auf der Annahme, dass selbst wenn die Behörden deliberatives Denken als Problemlösungsmechanismus fördern, der gesamte Prozess in Ermangelung von Demokratie suspekt ist (siehe z.B. O'Flynn und Curato 2015: 300-301). Viele Wissenschaftler vertreten die Ansicht, dass der Nachweis von Deliberation in autoritären Regimen darauf hindeutet, dass eine tatsächliche Demokratie in Sicht ist oder zumindest ein mögliches Ergebnis darstellt (siehe z. B. Li 2003: 648-649). In keiner der vorherrschenden Darstellungen wird die Möglichkeit der Deliberation ohne Demokratie erwähnt. Anders ausgedrückt: Es wird häufig nicht akzeptiert, dass der Endpunkt autoritärer Regime nicht notwendigerweise Demokratie oder Zusammenbruch ist, sondern dass der Autoritarismus selbst stabil bleiben und sich unabhängig von diesen beiden Ergebnissen weiterentwickeln kann.<sup>6</sup>

Diese Ansichten überraschen nicht, wenn man bedenkt, dass die Grundlagen der Theorie des kommunikativen Handelns in den westlichen demokratischen philosophischen Traditionen verwurzelt sind, mit einer deutlichen und klaren institutionellen Trennung zwischen Staat und Gesellschaft und dem Glauben an individuelle politische Freiheiten, die als unantastbar gelten. Die Analyse öffentlicher Deliberation in alternativen politisch-kulturellen Kontexten kann zu einem besseren Verständnis der Grenzen und Zwänge beitragen, denen sich die westliche demokratische Deliberation gegenüberstellt, und helfen zu erklären, wie autoritäre Regime überdauern und sich weiterentwickeln. Darüber hinaus erfordert die wachsende globale Bedeutung autoritärer Staaten wie China für westliche politische Entscheidungsträger ein besseres Verständnis der Funktionsweise von Regierungsführung und Politik in autoritären Staaten (Hasmath 2020). Dazu gehört auch die Notwendigkeit, die Grenzen autoritärer Deliberation zu hinterfragen, von denen es viele gibt. Im folgenden Abschnitt werde ich eine der wichtigsten Grenzen des autoritären Diskurses und der Deliberation erörtern, nämlich die Tendenz, den "Anderen" in der Gesellschaft zu marginalisieren.

## **5. Autoritäre Differenz**

Der Umgang mit Unterschieden, insbesondere ethnisch-kulturelle und religiöse Unterschiede, und Beziehungen zwischen Gruppen ist eine der größten Herausforderungen, denen sich ein Staat stellen kann. Wie im vorangegangenen Abschnitt erörtert, besteht eine zentrale Kritik an der deliberativen Politik in westlichen demokratischen Staaten darin, dass Macht- und Ressourcenungleichheiten die Fähigkeit bestimmter Gruppen von Individuen zur gleichberechtigten Teilnahme am öffentlichen Leben behindern. In autoritären Staaten ist diese Situation weitaus ausgeprägter als im westlich-demokratischen Kontext. Es bestehen nicht nur erhebliche Macht- und Ressourcenunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen, sondern autoritäre Staaten scheuen auch die Gefahr, die von diesen Unterschieden ausgehen kann (siehe z.B. Teufel 2005: 69-71).

In autoritären Staaten gibt es Bevölkerungsgruppen, die nicht von der herrschenden Elite regiert werden wollen. Es liegt auf der Hand, dass gesellschaftliche Gruppen, die über weniger Macht und Ressourcen verfügen als die dominierende Bevölkerung, am ehesten Ressentiments

gegenüber dem Regime hegen und den Wunsch haben, den Status quo zu ändern. Dies gilt insbesondere für viele ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten, in deren kollektivem Bewusstsein die Erinnerung an eine Zeit verankert ist, in der sie vom gegenwärtigen Staat unabhängig waren. Es gibt zahlreiche empirische Beispiele dafür, wie Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen zur Destabilisierung oder sogar zum Zusammenbruch autoritärer Regime beitragen können, darunter so bekannte Fälle wie die Sowjetunion (siehe z. B. Hale 2008) und Jugoslawien (siehe z. B. Sekulic et al. 2006). Die Einbindung und Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in den deliberativen Prozess, wie sie weiter oben als Lösung für das Problem der Differenz und der Deliberation in westlichen demokratischen Staaten vorgeschlagen wurde, ist daher in autoritären Kontexten äußerst schwer vorstellbar.

Theoretisch bestünde eine mögliche Lösung für das Problem, wie verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eine sinnvolle Beteiligung am autoritären Diskurs und an Beratungen zu ermöglichen ist, ohne dass die Gefahr besteht, dass sie den Status quo in Frage stellen, darin, ihren Zugang zu Ressourcen und Macht drastisch zu verbessern. Wenn eine Minderheitengruppe sozial, wirtschaftlich und kulturell gut in die Gesellschaft, in der sie lebt, integriert ist, ist es unwahrscheinlicher, dass sie dramatische Veränderungen anstrebt. In China zum Beispiel sind die Mandschu trotz der großen historischen Spannungen zwischen der Mandschu-Minderheit und der Han-Chinesen-Mehrheit gut integriert (Hasmath 2007: 470). Folglich gibt es für die Mandschu keine größeren Hindernisse für die Teilnahme an öffentlichen deliberativen Räumen als für die Han-Chinesen, die ethnische Mehrheitsgruppe. Die Integration "andersartiger" sozialer Gruppen ist jedoch keine leichte Aufgabe, und in vielen Fällen fehlt dem autoritären Staat der Wille oder die Fähigkeit, dies zu tun.<sup>7</sup>

In der Tat ist es theoretisch wahrscheinlich, dass bestimmte soziale Gruppen keinen Zugang zum deliberativen Prozess bekommen werden, und in der Praxis ist dies auch häufig der Fall. Darüber hinaus wird verschiedenen sozialen Gruppen nicht nur häufig die Teilnahme an autoritären Beratungen verweigert, sondern auch jede Bemühung, den offiziellen Diskurs über die Erfahrungen der betreffenden sozialen Gruppe oder über Unterschiede im Allgemeinen in Frage zu stellen, wird vom Staat eingeschränkt. So überwacht und zensiert der Staat in China häufig diejenigen, die Standpunkte vertreten, die dem vorherrschenden staatlich sanktionierten Diskurs in Bezug auf ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten wie Uiguren oder Tibeter zuwiderlaufen (siehe z. B. Clothey et al. 2016).

Der Status "andersartiger" Gruppen in autoritären Regimen kann ebenfalls recht prekär sein und sich ziemlich schnell ändern, wie die Erfahrungen von LGBTQIA+-Personen in Russland zeigen. In den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wuchs die LGBTQIA+-Bewegung schnell, und es gab eine Bereitschaft für LGBTQIA+-Personen, sich am Diskurs und an den Beratungen im öffentlichen Raum zu beteiligen. In den 2010er-Jahren änderte sich dies jedoch mit einer zunehmenden Intoleranz der russischen Bevölkerung gegenüber LGBTQIA+-Personen und -Gruppen. Einer der Hauptgründe für diesen Wandel ist der Einfluss des staatlichen Diskurses, der sich in der Verabschiedung von Anti-Homosexuellen-Propaganda-Gesetzen manifestierte (siehe z. B. Buyantueva 2018). Gegenwärtig wird russischen LGBTQIA+-Aktivist\*innen und Einzelpersonen der Zugang zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an dem begrenzten öffentlichen diskursiven Raum, der zur Verfügung steht, sowohl mit gerichtlichen als auch außergerichtlichen Mitteln verwehrt. Dazu gehören auch Verbote von LGBTQIA+-Organisationen, das Verbot von Pride Parades, die Verhaftung von LGBTQIA+-Aktivist\*innen, Drohungen, Belästigungen und Gewalt.

Das russische Beispiel zeigt außerdem, wie unter autoritärer Herrschaft Gruppen manchmal als Sündenböcke benutzt werden, um die politischen Interessen des Regimes zu fördern. Es ist erwähnenswert, dass dies auch in westlichen demokratischen Staaten vorkommen kann, wenn politische Parteien und Bewegungen Spannungen zwischen Gruppen für ihre eigenen Zwecke ausnutzen. Ein treffendes Beispiel hierfür ist die Southern Strategy in den Vereinigten Staaten in den 1960er- und 1970er-Jahren, als die Republikanische Partei versuchte, die politische Unterstützung der "weißen" Wähler in den Südstaaten zu erhöhen, indem sie an ethnisch-rassistische Vorurteile gegenüber Afroamerikanern appellierte (Carter 1999). Was den Umgang mit Unterschieden im weiteren Sinne betrifft, gibt es jedoch erhebliche Unterschiede zwischen westlichen demokratischen und autoritären Gesellschaften.

Westliche demokratische Gesellschaften haben im Vergleich zu autoritären Regimen inhärente Vorteile. An erster Stelle steht die Möglichkeit der "Anderen" in der Gesellschaft, für Kandidaten zu stimmen, die sie vertreten, und die Möglichkeit, auf relativ freie Art und Weise offen gegen Misshandlungen oder die ungleiche Machtverteilung in der Gesellschaft zu protestieren. Diese Mechanismen können nicht nur dazu dienen, eine Politik zu ändern, die sich negativ auf nicht dominante Bevölkerungsgruppen auswirkt, sondern auch als starkes Druckablassventil, das dazu beiträgt, Spannungen zwischen den Gruppen abzubauen. Autoritäre Regime lassen naturgemäß keine freien Wahlen auf nationaler Ebene zu und gehen in der Regel rigoros gegen offene öffentliche Proteste vor, da sie diese als destabilisierend und als Bedrohung für ihre Herrschaft ansehen.

Autoritäre Regime haben eine Vielzahl von Taktiken angewandt, um Unterschiede und die Beziehungen zwischen Gruppen zu steuern. Diese Maßnahmen bilden ein weites Spektrum, das von dem Versuch, Unterschiede auszugleichen, bis hin zu härteren Maßnahmen zur Kontrolle oder Zerstörung von Unterschieden reicht. Zu den entgegenkommenderen Maßnahmen gehören unter anderem: die Ermöglichung einer begrenzten Selbstverwaltung oder eines Föderalismus für Minderheiten, die Gewährung eines formellen Rechtsschutzes gegen Diskriminierung, die Förderung von Minderheitenkulturen (z. B. die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung religiöser und/oder ethnisch-kultureller Praktiken von Minderheiten) und die Förderung positiver Maßnahmen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt (siehe z. B. Maurer-Fazio und Hasmath 2015). Umgekehrt umfasst die harte Linie unter anderem: Bemühungen, Unterschiede zu zerstören, indem religiöse und/oder ethnisch-kulturelle Praktiken von Minderheiten verboten werden; Versuche, den Unterricht von Minderheitensprachen zu verhindern; intensive polizeiliche Überwachung von Minderheitengemeinschaften; Inhaftierung einflussreicher Mitglieder von Minderheitengemeinschaften und Masseninhaftierung von Minderheitenangehörigen. Die meisten autoritären Regime setzten (und setzen noch) auf eine Kombination der oben genannten Maßnahmen.

In vielerlei Hinsicht ist die Art und Weise, in der westliche demokratische Regime heute mit Unterschieden umgehen, ein relativ neues Phänomen, das nicht für alle westlichen Demokratien gleichermaßen gilt. Schließlich haben auch westliche demokratische Regime viele der harten Ansätze angewandt, die von autoritären Regimen gegen soziale Gruppen wie indigene Völker, LGBTQIA+-Personen und Behinderte eingesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, ob einige autoritäre Gesellschaften ähnliche Entwicklungen in Bezug auf die Art und Weise durchlaufen, wie sie Unterschiede und den Umgang mit dem "Anderen" angehen und verstehen.

## 6. Schlussfolgerung

Eine Gesellschaft, die nach den Grundsätzen der Öffentlichkeit regiert wird, ist das ultimative Projekt für Jürgen Habermas und Iris Marion Young. Für Habermas müssen die Regeln der Vernunft die Oberhand gewinnen, um eine Bedingung zu schaffen, unter der "Freiräume" für eine Öffentlichkeit eingerichtet werden können. Nur so kann ein praktischer Diskurs realisiert werden, aus dem allgemeingültige, begründbare Normen hervorgehen. Das Prinzip der Universalisierung wird also für die ständige kritische und rationale Prüfung praktischer Normen gelten.

Problematisch an diesem Ansatz ist die Vorstellung, dass eine Vielzahl von Gemeinschaften und Teilnehmern zwar dieselben Regeln für den Diskurs befolgen, aber unterschiedliche Mengen von Normen für eine bestimmte Gemeinschaft als legitim erachten können, und nicht alle. Die Diskursethik ist keine Ethik, die Normen für jeden Konflikt vorgibt, der entstehen könnte. Unabhängig von der Art des politischen Regimes ist sie am wirksamsten, wenn man sie als Instrument für einen kommunikativen Rahmen betrachtet, in dem Konflikte möglicherweise gelöst werden können. Youngs Projekt besteht darin, die Politik der Differenz gegen diejenigen zu verteidigen, die argumentieren, dass sie die Grundlage der westlichen Demokratie untergräbt. In diesem Artikel gehe ich der Frage nach, wie sich die von diesen Theoretikern vertretenen Vorstellungen in einem ganz anderen Kontext auswirken, nämlich dem eines autoritären Regimes.

Der Diskurs und die Deliberation autoritärer Art sind hinsichtlich ihrer Universalität und ihrer Fähigkeit zur kollektiven Problemlösung weitaus eingeschränkter als ihr westlich-demokratisches Pendant. Wie der Artikel zeigt, entkräften diese Beschränkungen jedoch nicht die Vorstellung, dass Diskurs und Deliberation in autoritären Regimen theoretisch möglich und praktisch funktionsfähig sind. Zukünftige Forschung zu autoritärem Diskurs und Deliberation ist notwendig, insbesondere empirische Forschung, um besser zu verstehen, wie sie sich in das breitere System autoritärer Herrschaft einfügen und welche Beschränkungen sie einschränken.

In diesem Artikel habe ich mich auch auf eine der größeren Einschränkungen des autoritären Diskurses und der autoritären Deliberation konzentriert, nämlich auf die Schwierigkeit, sich mit der Differenz auseinanderzusetzen. Die Einbeziehung von Unterschieden in den autoritären Diskurs und die autoritäre Deliberation ist eine komplexe Aufgabe, wenn man die inhärente Spannung zwischen dem "Anderen" und der herrschenden Elite in autoritären Staaten bedenkt. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Differenz besser in den autoritären Diskurs und die autoritäre Deliberation einbezogen werden kann, schließlich wurde die Differenz in den westlichen demokratischen Gesellschaften bis vor verhältnismäßig wenigen Jahren nicht sinnvoll berücksichtigt.

## Anmerkungen

1. Die hier zugrunde liegende Annahme widerlegt den moralischen Skeptizismus, der behauptet, dass Fragen der praktischen Vernunft nicht rein rational entschieden werden können.
2. Mit dieser Einschränkung können wir einen Schritt zurück von transzendentalen Grundlagen als „letzte Begründung“ der (metaphysischen) „Wahrheit“ machen.
3. Das Problem bei diesem Ansatz ist, dass er keine Möglichkeit bietet, zwischen erzwungener Solidarität und freiwilliger Solidarität zu unterscheiden. Darüber hinaus könnten solidarische Entscheidungen für diejenigen ungerecht sein, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, aber nicht Teil der gemeinsamen Gemeinschaft sind.
4. Eine Strategie könnte darin bestehen, bestimmte Themen von der öffentlichen Debatte auszuschließen, in der Hoffnung, so eine einheitliche Position zu erreichen. Benhabib (1992) widerspricht diesem Vorschlag, indem er argumentiert, dass das Vermeiden von Themen, bei denen es grundlegende Unterschiede gibt, einfach dazu führt, dass die Schwächen des Modells umgangen werden.
5. Bürgergeführte Freiwilligenarbeit steht im Gegensatz zu staatlich gelenkter Freiwilligenarbeit. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) fördert seit langem die staatlich gelenkte Freiwilligenarbeit als Mittel zur Stärkung der ideologischen Hegemonie des Staates und zur Umsetzung eines innovativen Sozialmanagements für soziale Stabilität (siehe Hu 2021).
6. Es gibt zwingende Gründe für diese Überzeugung. So haben beispielsweise Südkorea und Taiwan nach einer Phase rascher wirtschaftlicher Entwicklung einen demokratischen Wandel durchlaufen.
7. Wie die Beispiele aus China zeigen, gab es erhebliche Spannungen zwischen der Han-chinesischen Bevölkerung und der uigurischen und tibetischen Bevölkerung (siehe z. B. Hasmath 2019).

## Literatur

- Arendt, H. (1973). *The origins of totalitarianism*. New York: Houghton Mifflin Harcourt.
- Benhabib, S. (1992). *Situating the self: Gender, community and postmodernism in contemporary ethics*. Cambridge: Polity Press.
- Buyantueva, R. (2018). LGBT rights activism and homophobia in Russia. *Journal of Homosexuality*, 65(4), 456-483.
- Byman, D. & Lind, J. (2010). Pyongyang's survival strategy: Tools of authoritarian control in North Korea. *International Security*, 35(1), 44-74.
- Carter, D.T. (1999). *From George Wallace to Newt Gingrich: Race in the conservative counterrevolution, 1963–1994*. Baton Rouge: LSU Press.
- Clothey, R., Koku, E.F., Erkin, E. & Emat, H. (2016). A voice for the voiceless: Online social activism in Uyghur language blogs and state control of the internet in China. *Information, Communication and Society*, 19(6), 858-874.
- Cohen, J. (1997). Deliberation and democratic legitimacy. In J. Bohman & W. Rehg (Eds), *Deliberative democracy* (pp. 67-92). Cambridge: MIT Press.
- D'Entreves, M.P. (1999). *Habermas and deliberative democracy*. Working Paper No. 163. Barcelona: Institut de Ciències Polítiques i Socials, Universitat Autònoma de Barcelona.

- Glasius, M. (2018). What authoritarianism is ... and is not: A practice perspective. *International Affairs*, 94(3), 515-533.
- Gutmann, A. & Thompson, D.F. (2004). *Why deliberative democracy?* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Habermas, J. (1989). Justice and solidarity: On the discussion concerning stage. *Philosophical Forum*, 21(1-2), 32-52.
- Habermas, J. (1990). *Moral consciousness and communicative action*. Cambridge: MIT Press.
- Habermas, J. (1995). Reconciliation through the public use of reason: Remarks on John Rawls's political liberalism. *Journal of Philosophy*, 92(3), 109-131.
- Habermas, J. (1996). Three normative models of democracy." In S. Benhabib (ed), *Democracy and difference: Contesting the boundaries of the political* (pp. 21-30). Princeton: Princeton University Press.
- Hale, H. (2008). *The foundations of ethnic politics: Separatism of states and nations in Eurasia and the world*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Han, H. (2014). Policy deliberation as a goal: The case of Chinese ENGO activism. *Journal of Chinese Political Science*, 19(2), 173-190.
- Hasmath, R. (2007). The paradox of ethnic minority development in Beijing. *Comparative Sociology*, 6(4), 464-480.
- Hasmath, R., ed. (2011). *Managing ethnic diversity: Meanings and practices from an international perspective*. New York and Oxford: Routledge.
- Hasmath, R. (2012). *The ethnic penalty: Immigration, education and the labour market*. New York and Oxford: Routledge.
- Hasmath, R. (2019). What explains the rise of majority-minority tensions and conflict in Xinjiang? *Central Asian Survey*, 38(1), 46-60.
- Hasmath, R. (2020). The century of Chinese corporatism. *American Affairs*, 4(1), 194-206.
- Hasmath, R. (2021). What salience does white privilege have in non-diverse societies? Paper Presented at American Sociological Association Annual Meeting, August 6-10.
- Hasmath, R. (forthcoming). The operations of contemporary Han Chinese privilege. *China Information*.
- Hasmath, R., Hildebrandt, T. & Hsu, J.Y.J. (2019). Conceptualizing government-organized non-governmental organizations. *Journal of Civil Society*, 15(3), 267-284.
- Hasmath, R. & Hsu, J.Y.J. (2014). Isomorphic pressures, epistemic communities and state-NGO interactions. *The China Quarterly*, 220, 936-954.
- Hasmath, R. & Hsu, J.Y.J., eds. (2016). *NGO governance and management in China*. New York and Oxford: Routledge.
- He, B. & Warren, M.E. (2011). Authoritarian deliberation: The deliberative turn in Chinese political development. *Perspectives on Politics*, 9(2), 269-289.
- Hinck, R., Hawthorne, H. & Hawthorne, J. (2018). Authoritarians don't deliberate: Cultivating deliberation and resisting authoritarian tools in an age of global nationalism. *Journal of Public Deliberation*, 14(2), 1-26.
- Hofstede, G. & Bond, M.H. (1988). The Confucius connection: From cultural roots to economic growth. *Organizational Dynamics*, 16(4), 5-21.

- Hsu, C.L., Teets, J., Hasmath, R., Hsu, J.Y.J. & Hildebrandt, T. (2022). The construction and performance of citizenship in contemporary China. *Journal of Contemporary China*, 31(138), 827-843.
- Hsu, J.Y.J. & Hasmath, R. (2014). The local corporatist state and NGO relations in China. *Journal of Contemporary China*, 23(87), 516-534.
- Hsu, J.Y.J., Hsu, C.L. & Hasmath, R. (2017) NGO strategies in an authoritarian context, and their implications for citizenship: The case of the People's Republic of China. *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 28(3), 1157-1179.
- Hu, M. (2021). Making the state's volunteers in contemporary China. *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 32, 1375-1388.
- Lewis, D. (2013). Civil society and the authoritarian state: Cooperation, contestation and discourse. *Journal of Civil Society*, 9(3), 325-340.
- Li, L. (2003). The empowering effect of village elections in China. *Asian Survey*, 43(4), 648-462.
- MacKinnon, R. (2007). Flatter world and thicker walls? Blogs, censorship and civic discourse in China. *Public Choice*, 134(1/2), 31-46.
- Maurer-Fazio, M. & Hasmath, R. (2015). The contemporary ethnic minority in China: An introduction. *Eurasian Geography and Economics*, 56(1), 1-7.
- Min, S-J (2009). Deliberation, east meets west: Exploring the cultural dimension of citizen Deliberation. *Acta Politica*, 44(4), 439-458.
- O'Brien, K.J. & Han, R. (2009). Path to democracy? Assessing village elections in China. *Journal of Contemporary China*, 18(60), 359-378.
- O'Brien, K.J. & Li, L. (2000). Accommodating 'democracy' in a one-party state: Introducing village elections in China. *The China Quarterly*, 162, 465-489.
- O'Flynn, I. & Curato, N. (2015). Deliberative democratization: A framework for systemic analysis. *Policy Studies*, 36(3), 298-313.
- Pearce, K.E. & Kendzior, S. (2012). Networked authoritarianism and social media in Azerbaijan. *Journal of Communication*, 62(2), 283-298.
- Sekulic, D., Massey, G. & Hodson, R. (2006). Ethnic intolerance and ethnic conflict in the dissolution of Yugoslavia. *Ethnic and Racial Studies*, 29(5), 797-827.
- Spence, K. (1999). Notes on deliberative democracy and practical reason. Paper Presented at Political Studies Association Annual Conference.
- Tam, J. & Hasmath, R. (2015). Navigating uncertainty: The survival strategies of religious NGOs in China. *Journal of Civil Society*, 11(3), 283-299.
- Taylor, C. (1995). Liberal politics and the public sphere. In Etzioni, A. (Ed), *New communitarian thinking: Person, virtues, institutions and communities* (pp. 183-217). Charlottesville: University of Virginia Press.
- Teets, J., Hasmath, R., Hildebrandt, T., Hsu, C.L. & Hsu, J.Y.J. (2022). Volunteerism and democratic learning in an authoritarian state: The case of China. *Democratization*, 29(5), 879-898.
- Teufel, J.D. (2005). China's vulnerability to minority separatism. *Asian Affairs: An American Review*, 32(2), 69-86.

- Tzeng, W-F & Wang, H-H. (2017). Choosing democracy in China? Explaining why local officials allow electoral uncertainty in the Chinese village committee elections. *Asian Affairs: An American Review*, 44(4), 99-124.
- Wang, R.Y. & Liu, Q. (2022). Probing NGO-community interactions through village cadres and principal-agent relationships: Local effects on the operation of NGO projects in rural China. *Journal of Contemporary China*, 31(135), 445-458.
- Wang, X. & Lo, K. (2022). Civil society, environmental litigation, and Confucian energy justice: A case study of an environmental NGO in China. *Energy Research & Social Science*, 93.
- Young, I.M. (1997). Difference as a resource for democratic communication. In J. Bohman & W. Rehg (Eds), *Deliberative democracy* (pp. 383-406). Cambridge: MIT Press.